



Inhalt

I. Der widerspenstige Generalbundesanwalt	1
1. Der Sachverhalt	1
2. Die Folgen	2
3. Fazit	2
II. Neues auf Rehmnetz	2
Beamtenblog	2

I. Der widerspenstige Generalbundesanwalt

von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

Die Überschrift klingt ähnlich wie ein Lehrbuchfall, mit dem sich wohl noch immer Studenten der Rechtswissenschaft im ersten Semester im Grundkurs Öffentliches Recht befassen müssen. Regelmäßig geht es darum, dass ein Minister oder ein Ab-geordneter nicht so spurt, wie es sich Kanzlerin oder Fraktionsführung vorstellen. Der diesjährige Sommer hat uns aber ein etwas anderes Schankerl beschwert, dass uns von der großen Politik bis in die „Niederungen“ des Strafprozessrechts führt.

Vor allem – und deshalb ist es Gegenstand des Beamtenrechts-Newsletters – dürfte der Sachverhalt bei dem ein oder anderen deshalb Irritation hervorrufen, weil er doch in einem auffälligen Kontrast zu den Fällen steht, mit denen wir uns bislang befasst haben. Regelmäßig ging es ja um Fälle, in denen über mehrere Instanzen über das Schicksal teilweise von verbeamteten Normalbürgern gestritten und durchaus differenziert gestritten und geurteilt worden ist. Dieses Mal geht es aber um den Harald Range, einen Mann, der mit fast 64 Jahren zum Generalbundesanwalt ernannt worden ist. Dann hat er ein Verhalten an den Tag gelegt, dass dem Bundesminister der Justiz missliebig war. Harald Range ist „weg vom Fenster“. Die nachstehenden tatsächlichen Ausführungen beruhen ausschließlich auf Informationen aus allgemein zugänglichen Medien. Ungenauigkeiten im Hinblick auf Aktenkundiges ist also unvermeidbar.

1. Der Sachverhalt

Sehen wir uns zunächst an, was eigentlich Stein des Anstoßes war. Range hatte strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet; ein Vorgang, der in für einen Strafverfolger täglich Brot ist. Er tat dies aber gegen zwei Journalisten der Plattform netzpolitik.org. Sie seien verdächtig

gewesen, sich des Landesverrats strafbar gemacht zu haben, da sie aus internen Unterlagen des Verfassungsschutzes zitiert hätten.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens keineswegs an das Nehmen besonderer Hürden geknüpft ist. Dazu braucht es nur einen sogenannten Anfangsverdacht. Die zentrale Vorschrift ist § 152 Abs. 2 StPO. Danach ist die Staatsanwaltschaft „soweit nicht gesetzlich ein anderes bestimmt ist, verpflichtet, wegen aller verfolgbaren Straftaten einzuschreiten, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.“ Diese zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte bedeuten nichts anderes als die Möglichkeit einer strafbaren Handlung. Es müssen also Umstände gegeben sein, die eine Straftat möglich erscheinen lassen.

Um hier zu klären, ob denn eine Strafbarkeit überhaupt gegeben sein könne, hatte Range ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses sollte darüber Aufschluss geben, ob die veröffentlichten Unterlagen unter den Begriff des Staatsgeheimnisses zu subsumieren seien. Das Gutachten, das dem Vernehmen nach dies wohl bejaht hätte, ist aber vom Justizminister – wie es heißt – „gestoppt“ worden, sprich der Minister habe Range angewiesen, den Auftrag zurückzuziehen.

Zuvor hat es seitens der Öffentlichkeit Empörung darüber gegeben, dass in der Einleitung des Ermittlungsverfahrens ein Angriff auf die Pressefreiheit zu sehen sei. Die erhaltene Weisung wiederum als Affront und bezeichnete sie als „unerträglichen Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz“. Das war dem Minister – und wohl dem gesamten Kabinett samt Kanzlerin – zu viel.



2. Die Folgen

Die Konsequenzen ließen nicht lange auf sich warten. Eingangs fand sich ja noch die flapsige Formulierung, Range sei nun „weg vom Fenster“. Auch was das technisch bedeutet, verdient Beachtung. Der Generalbundesanwalt ist nicht aus dem Dienst entfernt oder entlassen worden, wie es einem einfachen Beamten geschehen wäre. Der Generalbundesanwalt ist auch kein „einfacher Beamter“. Er ist ein „politischer Beamter“, wie man in § 54 BBG nachlesen kann. § 54 Abs. 1 Nr. 5 BBG ermöglicht das hier Geschehene, nämlich die einstweilige Versetzung in den Ruhestand. Nichts mit kompliziertem Disziplinarverfahren, aber auch nichts mit Verlust von Bezügen. Als politischer Beamter hat der Generalbundesanwalt darauf zu achten, „grundlegenden staatschutzspezifischen kriminalpolitischen Ansichten der Regierung im Rahmen der strafprozessualen Vorgaben und Handlungsspielräume in die Strafverfolgungstätigkeit einfließen und umgesetzt werden“, wie man es wörtlich dem Internetauftritt des Generalbundesanwalts entnehmen kann.

Ob dies bereits ein Weisungsrecht des Ministers im Einzelfall mit sich bringt, mag hier dahinstehen. § 147 Abs. 1 Nr. 1 GVG regelt, dass das Recht der Aufsicht und Leitung des Generalbundesanwalts und der Bun-

desanwälte dem Bundesminister der Justiz zusteht. Man spricht hier von der Dienstaufsicht.

§ 146 GVG lautet im Gegensatz zur vorgenannten Vorschrift jedoch: „Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben den dienstlichen Anweisungen ihres Vorgesetzten nachzukommen“. Es muss an dieser Stelle bei dem Hinweis bleiben, dass das Weisungsrecht des Ministers durchaus umstritten ist, vielfach aber bejaht wird.

3. Fazit

Hier hat sich ein politischer Beamter politisch wohl „untypisch“ verhalten. Man liest von Märtyrertum, andere sagen, die provozierte Art des Abgangs habe wenigstens die Ruhestandsbezüge nicht in Gefahr gebracht. So hochzuhalten die Pressefreiheit ist, sie rechtfertigt nicht die Begehung von Straftaten. Ob hier eine vorgelegen hat, ist – soweit ersichtlich – bislang nicht geklärt worden. Die niedrige Schwelle des Anfangsverdachts macht es jedenfalls leicht, Ermittlungsverfahren einzuleiten. Das gilt insbesondere, wenn – auch das ist eine Angelegenheit des Gesetzgebers – im Strafgesetzbuch Begriffe wie „Staatsgeheimnis“ mit Leben ausgefüllt werden müssen.

Hier wurde auf politischer Ebene viel geredet und dann auch gehandelt. Aber der Fall löst sich juristisch weder mit lautem Jubelruf zugunsten der Pressefreiheit noch zugunsten der Unabhängigkeit der Justiz. Letzteres ist übrigens etwas unglücklich formuliert. Jeder Richter ist unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. So sagt es Art. 97 Abs. 1 GG. Staatsanwälte sind Beamte und Teil einer hierarchischen Behördenstruktur. Der Generalbundesanwalt ist zumindest organisatorisch Teil der Exekutive. Gerade die Trennung von den Gerichten ist Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips.

*Dr. Christian Horvat, Rechtsanwalt
Fachanwalt für Strafrecht, Fachanwalt für Steuerrecht*



Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



Online-Produkt

€ 144,99

ISBN 978-3-7685-4853-3

[\[Mehr Info\]](#)

Der Online-Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen und des Beamtenstatusgesetzes, ist jedoch auf Grund seines Aufbaus auch für jedes andere Bundesland sehr nützlich.

Das besondere Plus: Steigen Sie jetzt zum Aktionspreis ein! Für alle Bestellungen bis 31.12.2015 gewähren wir einen Rabatt von 50% auf die erste Quartalsrechnung!

II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Ernennungen beim Regelaufstieg](#)

[Mit Legasthenie ins Beamtenverhältnis?](#)

[BVerfG und Beamtenrecht: Klare Strukturen erwünscht](#)